Politische Bücher

Berlin geteilt und Bonn bedroht . . .

Faszinierende Lektüre: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik über die Jahre 1962, 1979 und 1980

„Die Mauer war das Maximum dessen, was möglich war.“ Mit diesem Satz machte Kreml-Diktator Nikita Chruschtschow am 26. Februar 1962 SED-Chef Walter Ulbricht klar, wer das Sagen hatte. Angesichts des strategischen Übergewichts der Vereinigten Staaten (17 zu 1) wollte Chruschtschow um beinahe jeden Preis einen Konflikt vermeiden. Der Mauerbau war gleichzeitig Höhepunkt und Ende der Berlin-Krise. Das wusste man im Westen allerdings nicht, und so gingen die militärischen Planungen für den Ernstfall (Blockade Berlins) weiter. Die sahen schließlich vier Phasen vor: erstens „Sondierungen sowjetischer Absichten“ (mit Einsatz von Jagdschutz); zweitens „Zwischenphase“ mit Verstärkung des Drucks (unter anderem Embargo); drittens „direkter militärischer Druck“ (Luftoperationen gegen Flugplätze); viertens „nuklearer Krieg“. Für Bundeskanzler Adenauer (CDU) war das angesichts des seiner Meinung nach „schlechten Zustands“ der Nato schlichtweg „kindisch“ – wie er dem Berater des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen und ehemaligen Hochkommissar in Bonn, John McCloy, Anfang Januar 1962 sagte. Eine bewaffnete Reaktion hatte aus seiner Sicht nur Aussicht auf Erfolg, „wenn sofort nukleare Waffen eingesetzt würden“. Der Kanzler gab sich kriegerisch, tatsächlich hatte er einen Horror vor einem Nuklearkrieg.

Seine Haltung ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund seines Misstrauens gegenüber den Vereinigten Staaten. Zu Botschafter Hans Kroll meinte er: „Trauen Sie den Amerikanern nicht; die bringen es fertig, sich auf unserem Rücken mit den Russen zu verständigen.“ Gegenüber McCloy beklagte er sich über den amerikanischen Botschafter Thompson, der am 13. August 1961 zu Kollegen gesagt haben sollte, man müsse „Gott für den Mauerbau danken, weil dadurch der Flüchtlingsstrom aufhöre“. Sein Misstrauen machte vor niemandem halt. Das galt für Kennedy („kein Vertrauen“) genauso wie für Außenminister Dean Rusk („keine eigene Meinung“), der zudem, wie McCloy bestätigte, „keine Führerpersönlichkeit“ sei und „keine Führereigenschaften zeige“. Bonns Außenminister Gerhard Schröder hatte „immer den treuen Gefolgsmann“ von Rusk gespielt und war „genauso ein Esel“ wie sein Vorgänger Heinrich von Brentano. Und der sowjetische Botschafter in Bonn, Smirnow, war sowieso „ein falscher Halunke“, wie er dem britischen Premierminister Macmillan mit auf den Weg gab.

Da konnte Adenauer sich letztlich nur auf Frankreichs Präsidenten de Gaulle als Verbündeten verlassen. Mit Erleichterung wurde auch ein französisches Memorandum entgegengenommen, in dem Paris gleich dreizehnmal Bedenken gegen die amerikanische Berlin- und Deutschland-Politik anmeldete, auch gegen direkte deutsch-sowjetische Gespräche, die damals die Amerikaner befürworteten. Die Deutschen sollten ruhig, wie Kennedy intern meinte, „ihre Schnauzen in den Schweinetrog Berlin stecken“. Glücklicherweise konnten und wollten die nicht, weil – wie Schröder seinen Kollegen Rusk aufklärte – „die Bundesrepublik ja Berlin niemals in der Hand gehabt habe“.

Anfang 1962 gab es die größte Krise im deutsch-amerikanischen Verhältnis, eine „bedauerliche Trübung der Atmosphäre“, wie Bonns Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, das freundlich formulierte. Als die Amerikaner zurückruderten – es würde keine Autobahnbehörde mit DDR-Beteiligung geben – , war Adenauer wieder versöhnlich gestimmt. Für seine Haltung hatte er eine einfache Erklärung: „Er habe einfach nicht mehr gewusst, was los sei“, so gegenüber dem amerikanischen Botschafter Dowling. Über dessen Besuch Anfang Mai war der Kanzler „sehr glücklich“, und er bat Dowling, „dies auch dem Präsidenten zu sagen“. Nicht glücklich war Adenauer nach wie vor über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche, hielt sie sogar für „nicht ungefährlich“, wie er ausgerechnet dem sowjetischen Botschafter Smirnow zu verstehen gab. Zehn Jahre „Burgfrieden“ könnten da die Lage entspannen. Faszinierend das entsprechende Gespräch.

In der Kuba-Krise im Oktober 1962 hielt Adenauer dann „unzweideutig zu den USA“ und war „klarer als viele andere Verbündete“, wie Dowling dem Kanzler versicherte. Adenauer befürwortete nachhaltig „die Bombardierung und die Invasion“ der Insel, zeigte sich aber gegenüber dem britischen Botschafter erstaunt, dass die Amerikaner überhaupt in eine „so furchtbare Gefahr“ geraten waren; die hätten sich doch denken können, dass Chruschtschow mit Castro „kein Fischereigeschäft betreiben wolle“. Im Übrigen glaube er nicht, dass Chruschtschow „seine Raketen und Flugzeuge wieder in die Kisten verpackt und zurücknimmt“. Was er bekanntlich doch tat.

Blick nach vorn und zurück: Bonner Kanzleramt im November 1979 Foto Jupp Darchinger

Über allem die sowjetische Gefahr: In einer streng geheimen Sitzung im engsten Kreis ging es am 1. März im Kanzleramt um die „Erörterung des Kriegsbildes“. Da hieß es: „Wenn der Osten den atomaren Schlag zuerst führt, wird Europa und insbesondere die Bundesrepublik nahezu völlig zerstört.“ Man müsse daher den Amerikanern „klarmachen, dass die Stationierung weitreichender Raketen in Europa für die Amerikaner selbst von entscheidender Bedeutung ist“. Die Nato-Übung Fallex 62, in der, wie es intern hieß, „keine Rücksicht auf die besondere Panikanfälligkeit des deutschen Volkes“ genommen worden war, zeigte die Schwächen auf. Von da war es nicht weit bis zum „Abgrund von Landesverrat“ (Adenauer) und der „Spiegel“-Affäre.

Im Oktober bestätigte der zurückgetretene Nato-Oberbefehlshaber Norstad die „unmittelbare Bedrohung des europäischen Nato-Territoriums durch die Sowjetunion“. Er forderte die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Aber trotz „tief eindrucksvoller Begründung“ – so Bonns Nato-Botschafter – lehnten die Amerikaner genau das ab; sie vertrauten auf den Einsatz ihres Strategischen Luftwaffenkommandos SAC. Ein solcher Einsatz würde aber laut Norstad, „zur physischen Vernichtung Europas führen“. Und er warnte, Westeuropa werde ohne Mittelstreckenraketen „spätestens 1967 über keine ausreichende Verteidigung mehr verfügen“.

Was Norstad 1962 umtrieb, trieb Jahre später auch Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) um: der bedrohliche „Aufwuchs“ – so hieß das intern – im sowjetischen Mittelstreckenbereich, also die massive Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen SS 20 und die damit verbundene Gefahr einer sowjetischen Erpressungspolitik. Schmidt ging es um westliche Gegenmaßnahmen. Ein erster Erfolg war im Januar 1979 das Vierertreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Carter, dem britischen Premierminister Callaghan und dem französischen Staatspräsident Giscard d’Estaing auf der Insel Guadeloupe. Da ergänzte Schmidt seine Bereitschaft zur Stationierung amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik mit der Versicherung, er werde „diese Entscheidung auch innenpolitisch vertreten und durchsetzen“. Im März hieß es, die Amerikaner hätten endlich die sowjetische Bedrohung als „militärisches Problem verstanden“. Damit war der Weg zum Nato-Doppelbeschluss im Dezember 1979 frei. Frankreichs Außenminister sprach von einem „Wendepunkt“ im Ost-West-Verhältnis. Und Außenminister Genscher machte klar, dass „aller Sicherheit auf der Solidarität mit den USA beruhe“. Die im Doppelbeschluss enthaltene Forderung nach dem Abbau der sowjetischen Raketen wurde in Bonn intern als „völlig unrealistisch“ bezeichnet; das hieß, es würde stationiert werden. Die bekannten Irritationen zwischen Schmidt und Carter sind in den Dokumenten nicht immer erkennbar; sie schimmern aber durch, etwa wenn Schmidt Briefe an Carter mit „Lieber Jimmy“ beginnt und mit „Schmidt“ oder „Helmut Schmidt“ beendet.

Am 28. März 1979 kam es im amerikanischen Kernkraftwerk bei Harrisburg zu einem „Störfall“ mit partieller Kernschmelze. In vielen Ländern, so Schmidt zu US-Senator Muskie, habe das „Emotionen ausgelöst. Es sei letztlich wahrscheinlich gut, dass die verborgenen Gefühle und Sorgen der Bevölkerung offen zutage träten“. Schmidt schlug eine Konferenz zur Reaktorsicherheit vor. Diese Initiative versandete jedoch in der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien.

Es ging auch schon um Gorleben als zukünftiges nukleares Endlager, und es gab ein Gorleben-Hearing. In dessen Ergebnissen sah sich die Bundesregierung bestätigt, dass „ihr Entsorgungskonzept sicherheitstechnisch realisierbar ist“. Im Protokoll der Sitzung des Bonner „Nuklearkabinetts“ vom 14. Mai steht ein weiterer bemerkenswerter Satz, nämlich: „Zu erwähnen ist, dass Herr Klunker betont, dass der DGB – im Gegensatz zu Pressemeldungen – nicht beabsichtigt, seine im Grundsatz positive Einstellung zur Kernenergie zu modifizieren.“ Von Ausstieg war noch nicht die Rede.

Faszinierend die Berichte über Israel, die Entwicklung in Iran – mit amerikanischen Geiseln – und im Dezember 1979 der „Einfall“ (Schmidt) der Sowjetunion in Afghanistan, ein „schwerwiegendes Ereignis“, das durchgehend im Aktenband 1980 behandelt wird. „Der Westen“, so Bonns Botschafter Pauls in der Nato-Sitzung am 1. Januar 1980, „müsse jetzt eine Linie ziehen, die nicht mehr überschritten werden dürfe.“ In einer „Hausbesprechung“ bei Außenminister Genscher gab dieser als Marschlinie aus: „Wir sollten uns hier keinem Vorschlag verschließen, aber auch nicht antreiben“ – während Schmidt die Notwendigkeit sah, „die Sowjetunion mit Erfolg einzudämmen“, was allerdings nicht durch eine „Politik der Nadelstiche“ erreicht werden könne. Botschafter Pauls beschwor die Gefahr, dass das gesamte nahöstliche Öl, „einschließlich des saudischen“, unter sowjetische Kontrolle geraten und die Sowjetunion dann „Europa lahmlegen“ könne.

Schmidt teilte Carter im April 1980 Bonner Entscheidungen mit: Beteiligung an Iran-Sanktionen, wobei er bezweifelte, ob die „wirklich den Geiseln helfen“. Er äußerte gleichzeitig seine „tiefe Sorge“ über mögliche amerikanische Militäraktionen im Iran (Carter: „Ich verstehe, was Sie sagen.“), keine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau (Carter: „Eine gute Nachricht.“). Aber: kein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, wobei Schmidt betonte, „dass er als Deutscher, der in der Hitlerzeit aufgewachsen sei, eine besondere Verpflichtung fühle, keine Verträge zu brechen“. Im Auswärtigen Ausschuss war Schmidt erstaunlich offen – mit nachhaltigen Analysen: „Stärker und stärker fließen Iran und Afghanistan als Krisenzentrum zusammen.“ Im Nahen Osten sollte sich die Bundesrepublik „nicht vordrängen. Auschwitz sei noch nicht so lange her.“ Das Problem in Israel seien die Siedler. Oder – simple Wahrheit: „Unsere Sicherheit liegt in der Partnerschaft und Zusammenarbeit mit EG, Nato und USA.“

Und immer wieder der Nato-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. Da hätten die Europäer „großen Mut“ gezeigt, wie Schmidt dem amerikanischen Botschafter Stoessel beschied. Das sei so, „als wenn man die Minuteman-Raketen zwischen Boston und Philadelphia stationiere“. Stoessel drückte daraufhin seine „Bewunderung für die Art aus“, wie Schmidt diesen Beschluss innerhalb seiner Partei durchgesetzt habe. Zwei Jahre später wurde Schmidt bekanntlich gestürzt – auch wegen dieses Beschlusses. Fazit: Allen, die mehr über die Bonner Republik erfahren möchten, seien diese unter der wissenschaftlichen Leitung von Ilse Dorothee Pautsch hervorragend edierten Bände empfohlen. Eine faszinierende Lektüre. ROLF STEININGER

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber: Horst Möller.
1962. Bearbeiter: Mechthild Lindemann und Michael Mayer. Drei Bände. R. Oldenbourg Verlag, München 2010. 2255 S., 180,– €.
1979. Bearbeiter: Michael Ploetz und Tim Szatkowski. Zwei Bände. R. Oldenbourg Verlag, München 2010. 2128 S., 138,– €.
1980. Bearbeiter: Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski. Zwei Bände. R. Oldenbourg Verlag, München 2011. 2115 S., 148,– €.

Deutsch-französisches Tandem

Kanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d’Estaing

„Ich denke oft an Bismarck, wenn ich ihn so reden höre“, sinnierte Bundesminister Rainer Offergeld 1978 über Helmut Schmidt. Mag der Kanzler sich auf dem internationalen Parkett tatsächlich bisweilen wie ein „ehrlicher Makler“ gefühlt haben, so ließ er es doch zumindest einen Kollegen niemals spüren – den Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing. Nachdem das Verhältnis Schmidts zu Frankreich unlängst von Hélène Miard-Delacroix beschrieben worden ist und Michèle Weinachter die Beziehung Giscards zu Deutschland ausgeleuchtet hat, liefert Matthias Waechter eine erste Studie über die „große Politikerfreundschaft“ (so der Einband). Das Werk bietet Ansätze einer Doppelbiographie zweier Politiker, die sich in Zeiten schwerer politischer wie ökonomischer Verwerfungen als Krisenmanager große Verdienste erwarben. Dem Autor standen bisher unveröffentlichte Dokumente aus den Präsidentschaftsakten Giscards und aus dem Privatarchiv Schmidts zur Verfügung.

Das enge Einvernehmen war den aus höchst unterschiedlichen Milieus stammenden Männern nicht in die Wiege gelegt. Erst 1969 sollten sich ihre Wege kreuzen. Drei Jahre später entwickelten sie als Finanzminister eine „fruchtbare Arbeitsbeziehung“, aus der nach ihrem Aufstieg zum Staatspräsidenten beziehungsweise Bundeskanzler 1974 eine „feste Freundschaft“ entstand. Entscheidend war dafür laut Waechter eine politische „Geistesverwandschaft“, die sich insbesondere in der Ablehnung eines – wie Schmidt es nannte – „egoistischen Nationalismus“, der „Leitvorstellung der globalen Interdependenz“ und der beide verbindenden Überzeugung von einer „deutsch-französischen, europäischen, internationalen Governance“ niederschlug. Grundstein bildete die Entente zwischen Deutschland und Frankreich. Ungeachtet der vorhandenen „Grenzen der Konvergenz“ kann an den Verdiensten des „Tandems“ kein Zweifel bestehen: Initiierung des Europäischen Rats, Begründung der Weltwirtschaftsgipfel, Bildung des Europäischen Währungssystems, Wegbereitung zur Direktwahl des Europäischen Parlaments. Vielleicht wäre die Bilanz noch besser ausgefallen, wenn Giscard die Präsidentschaftswahl 1981 nicht verloren hätte. „Ich verstehe nicht die Entscheidung der Franzosen“, beklagte sich Schmidt ihm gegenüber am Telefon. „Sie sind unberechenbar.“ Waechters „neuer Blick“ auf die Ära zweier bemerkenswerter Staatsmänner ist höchst anregend. ULRICH LAPPENKÜPER

Matthias Waechter: Helmut Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre. Edition Temmen, Bremen 2011. 168 S., 14,90 €.

Kaisergeschirr und Säbelrasseln

Chruschtschow setzte Kennedy im Juni 1961 unter Druck

Manche Bücher wirken vom Umfang her zunächst abschreckend: tausend Seiten über das Treffen zwischen Präsident John F. Kennedy und Ministerpräsident Nikita Chruschtschow am 3./ 4. Juni 1961 in Wien. Wen interessiert das? Bei gründlicher Lektüre erweist sich der Band jedoch als wahre Fundgrube für die Vorgeschichte, das eigentliche Gipfel-Geschehen und die Nachwirkungen – auf breiter Quellenbasis und unter Einbeziehung des weltpolitischen Kontexts (China, Kuba, Kongo und Laos). Man erfährt unter anderem, dass Kennedy von CIA-Instruktoren den Rat erhielt, er solle „stets die Ader an der linken Schläfe Chruschtschows beobachten: sei er gereizt, so schwelle sie an“. Auch der äußerst schlechte Gesundheitszustand des 44 Jahre alten amerikanischen „Strahlemanns“ – vom Rückenleiden über Prostataprobleme bis zu Geschlechtskrankheiten – wird nicht verschwiegen.

Beim Galadiner im Schloss Schönbrunn gab es laut österreichischer Präsidialkanzlei „das schlechteste Essen“, das „jemals bei einem Empfang serviert worden war“: gefüllte Paprika, bei denen „das Fett stockte“, immerhin gereicht auf jenem kostbaren „Goldadlerservice“, das einst am Hofe von Kaiser Franz Joseph benutzt worden war. Den gegenseitigen Geschenken wird ebenso gebührende Aufmerksamkeit zuteil wie der medialen Vermarktung der Stadt Wien und der „Gipfeldamen“; Chruschtschow ließ sich von seiner Ehefrau Nina und seiner Schwiegertocher Galina begleiten, zu Kennedys Entourage gehörten seine Ehefrau Jackie, seine Schwester Eunice und seine stolze Mutter Rose, die mehrfach diplomatische Statisten fragte: „Look at him, isn’t he a nice boy?“

Wie „ein kleiner Junge“ fühlte sich Kennedy damals vom sowjetischen Kontrahenten Chruschtschow behandelt, dessen „brutale Offenheit“ sich – so die Herausgeber einleitend – bis „zum ersten nuklearen Ultimatum der Geschichte“ steigerte. Viele Nuancen der vier Unterredungen könne man „vermutlich nie klären“, weil es keine Tonaufzeichnungen gebe. Einige schroffe Bemerkungen sollen unwiederbringlich aus den offiziellen amerikanischen und sowjetischen Gesprächsprotokollen – jetzt im Anhang zugänglich – gestrichen worden sein. Insgesamt leuchtet der Aufsatz-, Zeitzeugen- und Quellenband die internationalen Facetten der Berlin-Krise im Jahr des Mauerbaus, der anfangs nur ein Stacheldrahtverhau war, auf erschöpfend-beeindruckende Weise aus. RAINER BLASIUS

Stefan Karner/Manfred Wilke u. a. (Hrsg.): Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow. StudienVerlag, Innsbruck 2011. 1056 S., 39,90 €.

Briefe an die Herausgeber

Östliche Verursacher der deutschen Kernkraftangst

In „Die neue Trias der Energiepolitik“ (F.A.Z. vom 17. Mai) schreibt Stefan Dietrich, die Ölkrise 1973 habe die Regierung bestärkt, die Energieversorgung zu diversifizieren. „Damit rief die Politik zunächst die Anti-Atom-Bewegung, dann eine neue Partei auf den Plan.“ Mit dieser heute üblichen Kurzfassung wird der maßgebliche Ursprung übersehen: Er reicht bis in die frühen fünfziger Jahre zurück. Mit Bekanntwerden der Pläne für eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands setzte eine systematische Kampagne der Sowjetmacht gegen Soldatentum, Militär, Westmächte, Industrie und Politik ein, wie man sie sich heute nicht mehr vorstellen kann.

Nichts, was geeignet schien, Ängste oder Vorbehalte zu schüren, wurde ausgelassen. Dazu wurden vermeintlich unabhängige Organe und Kräfte im Westen sehr erfolgreich instrumentalisiert. Zu den spektakulären Veranstaltungen gehörten bald die sogenannten „Ostermärsche“, die sich massiv gegen Kernwaffen des Westens wandten, eine behauptete Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen in den Mittelpunkt rückten und dazu Schreckensszenarien ins Bild setzten. Weil Westdeutschland im Zentrum des Kalten Krieges lag, wurden hier auch die größten Anstrengungen der kommunistischen Propaganda unternommen, Ängste und Unsicherheit zu entfachen. Mit Erfolg.

F. O. Miksche und andere haben die Wege der Einflussnahme schon während der aus der gleichen Quelle gespeisten „Nachrüstungsdebatte“ beschrieben, was ihnen Diffamierungen als Entspannungsgegner und „Kalte Krieger“ einbrachte.

Von 1980 an nahmen die Auseinandersetzungen um „Mittelstreckenwaffen“ den Charakter von Massenpsychosen an. Es begann die hohe Zeit der Krawalle um Brokdorf. Auch die noch gewalttätigeren Demonstrationen um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, die ich als Kommandeur in der Oberpfalz miterleben musste, wurden ja mit der Behauptung motiviert, dort solle Plutonium für deutsche Kernwaffen hergestellt werden.

Es waren dieselben Leute, die gegen „Atomwaffen“, Kernkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen oder Mittelstreckenwaffen – wohlgemerkt nur jene der Nato – mobil machten, organisiert in der sogenannten „Friedensbewegung“, über deren Beeinflussung aus dem Sowjetblock – über getarnte „internationale“ Organisationen – heute kein Zweifel mehr besteht; nicht nur der „Krefelder Appell“ wurde schon damals entlarvt. Die Anschriften zahlloser „Anti“-Organisationen deckten sich mit denen kommunistischer Büros.

Geblieben ist aus jener Zeit der irrationale Umgang mit allem, was mit „Atom“ zu tun hat, der Deutschland vom Rest der Welt unterscheidet. Dort lag eben nicht jahrzehntelang das Zentrum kommunistischer Propaganda.

JÜRGEN REICHARDT, WÖRTH A. D. DONAU

Die Atomangst und das Spiel mit Volkes Stimmung

Kardinal Marx weist in seinem lesenswerten Beitrag „Energie – eine Frage der Gerechtigkeit“ (F.A.Z. vom 26. Mai) auf den Gesamtkomplex der Energieerzeugung hin, die Notwendigkeit eines gerechten Zugangs für alle Menschen und die Verantwortung aller im Umgang damit. Die Kernenergie ist dabei ein Teilaspekt, aktuell ein besonders heftig diskutierter. Er verweist auf Schlüsse zur Kernenergie, die deutsche Bischöfe schon seit den achtziger Jahren, einer Stellungnahme von Robert Spaemann folgend, gezogen haben: Die Kernenergie stelle eine „Gefahr qualitativ besonderer Art“ dar, mit den Hauptrisiken aus ungelöster Entsorgung, möglichen großflächigen Katastrophen und Terrorismus. Den auf Grundlagen der christlichen Soziallehre gezogenen Schlüssen Kardinal Marx’ kann ich selbst als Glaubensferner voll zustimmen, selbst wenn Marx physikalisch nicht auf dem neuesten Stand ist.

Das Endlagerproblem könnte um Größenordnungen entschärft werden, wenn man dem Verfahren der Transmutation radioaktiver Nuklide eine Chance in Deutschland gäbe. Was auf europäischer Ebene diesbezüglich erforscht wurde und wird, ist aber nicht nur beim Kardinal nicht angekommen, sondern wird auch von deutschen Politikern nicht zur Kenntnis genommen, wahrscheinlich weil es nicht in ihr Spiel mit Volkes Stimmung passt.

DR. UWE BRINKMANN, BOVENDEN

Es war Knallgas

In der F.A.Z. vom 27. Mai wird unter „Radioaktives Wasser ‚verschwunden‘“ angegeben, Tepco habe zugegeben, „dass die Zuleitung von Wasserstoff in den Reaktor 1 am Mittwoch und am vergangenen Samstag wegen technischer Probleme für Stunden unterbrochen wurde. Die Zuleitung von Wasserstoff soll verhindern, dass es zu einer weiteren Explosion in dem Reaktor kommt.“

Offensichtlich hat man Wasserstoff mit Stickstoff verwechselt, denn wenn Wasserstoff mit Luft in einem weiten Mischungsbereich vermischt wird, entsteht ein hochexplosives Gasgemisch, das als Knallgas bekannt ist. Dabei verbindet sich in einer stark exothermen Reaktion Wasserstoff mit dem Sauerstoff der Luft zu Wasser. Diese Reaktion hatte die Explosionen in Fukushima verursacht. Mit Stickstoff oder einem anderen inerten Gas lässt sich das Gasgemisch so verdünnen, dass eine solche Explosion verhindert werden kann.

PROFESSOR DR. WERNER FUNKE, LEONBERG

Evangelikale

Zu „In der Mitte“ (F.A.Z. vom 6. Mai): Beim Porträt von Stephen Harper als Vorsitzendem der Konservativen Partei Kanadas und wiedergewähltem Ministerpräsidenten sollte auch dessen Mitgliedschaft in der evangelikalen Kirche Christliche und Missionarische Allianz erwähnt werden. Vor dem Zusammenschluss mehrerer Vorläufer zur Konservativen Partei gehörte Harper zu den betont „antilinken“ Vorläufern Reformpartei und Kanadische Allianz. Vorsitzender der Reformpartei war der zur selben Kirche wie Harper gehörende Preston Manning, Vorsitzender der Allianzpartei war der einer evangelikal-pfingstlerischen Kirche angehörende Stockwell Day. Diese hohe Zahl evangelikaler Parteivorsitzender ist umso erstaunlicher, als es in Kanada weit weniger Evangelikale gibt als in den Vereinigten Staaten, wo inzwischen 15 von 46 republikanischen Senatoren zu evangelikalen Kirchen gehören.

ADOLF WEISS, MÜNCHEN

Es geht um das Bekenntnis zum Rechtsstaat

Zu „Wir sind doch keine statistischen Ausreißer“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 27. Mai): Ob nun die Geschichte, dass britische Banken aus Rücksicht auf die Gefühle der Muslime keine Sparschweine mehr ausgeben, frei erfunden war oder nicht, ist nicht mehr von Belang, denn laut Pressemeldungen aus Belgien, die nach meiner Erinnerung etwa vor zwei Jahren erschienen, hat die dortige Fortis Bank seinerzeit aus Rücksicht auf die muslimische Kundschaft die Ausgabe derartiger Spardosen eingestellt. Etwa gleichzeitig erschienen Meldungen, nach denen sich muslimische Frauen darüber beklagten, dass sie von ihren Wohnungen Blick auf eine Baustelle hätten, auf der Bauarbeiter in Shorts und mit freiem Oberkörper arbeiteten.

Leider kann ich Ihnen nicht mit Belegen dienen. Stattdessen sende ich Ihnen anbei eine aktuelle belgische Quelle, in der es darum geht, dass eine Kaufhauskette Toilettenpapier aus den Regalen genommen hat, weil sich muslimische Kundschaft darüber beschwerte, dass eine Dekoration darauf Ähnlichkeit mit der Schreibweise des Namens Allahs habe.

Zu Recht weist Özdemir auf die großen Unterschiede unter den Muslimen hin. Doch scheint mir, dass der Anteil jener Personen, bei denen religiöses Denken und Moralvorstellungen noch im Mittelalter (nach unserer Zeitrechnung) verankert sind, sehr groß ist. Sicherlich hat Özdemir recht, wenn er meint, dass die Fronten eigentlich zwischen Demokraten und Nichtdemokraten verlaufen müssten (und nicht etwa zwischen Religionsgruppen). Können wir aber von dem vorerwähnten Personenkreis Demokratieverständnis erwarten? Übrigens geht es nicht um die Akzeptanz der Demokratie allein, sondern auch um das Bekenntnis zum Rechtsstaat als Garanten für Rechtssicherheit (in Zeit und Raum), welche die Scharia, die nicht kodifiziert ist, nach meiner Ansicht nicht zu bieten in der Lage ist.

ERICH HOFMANN, FRANKFURT AM MAIN

Religion und Integration schließen sich nicht aus

Zu „Wir sind doch keine statistischen Ausreißer“ (F.A.Z. vom 27. Mai): Ich habe mit großer Freude den Artikel von Cem Özdemir gelesen. Endlich schreibt mal jemand etwas anderes als das 08/15-Gerede, dass größtenteils der Islam ein Hindernis für die Integration in Deutschland darstelle.

Und womit wird diese Aussage meist gestützt? Mit Vorurteilen, die meist nur auf eine Minderheit zutreffen. Es gibt nämlich viele muslimische Migranten in Deutschland (wie auch von Özdemir erwähnt), die studieren, einen Beruf ausüben oder sich andersweitig, wie die meisten deutschen Bürger, engagieren.

Ich verstehe nicht, warum meist nur das Negative hervorgehoben wird. Ja, es gibt Muslime, die kriminell sind, Zwang gegenüber ihren Frauen ausüben, die lügen und betrügen, aber gibt es solche Menschen, unabhängig von ihrem Glauben, nicht überall auf der Welt? Nur weil einige Radikalislamisten den Koran falsch interpretieren und sich auf falsche Übersetzungen beziehen und damit den Islam in den Schmutz ziehen, heißt es gleich, dass die meisten Muslime so ticken. Ich kann diese Pauschalisierungen nicht nachvollziehen.

Die Islamkritiker sollten einsehen, dass muslimische Akademiker und „integrierte Muslime“ „keine statistischen Ausreißer“ sind und keine Minderheit in der neuen muslimischen Generation darstellen.

Es ist sehr wohl möglich, sich einerseits der Religion zu widmen und sie zu praktizieren, sich anderseits aber auch in die Gesellschaft zu integrieren.

ANAM AHMAD, AACHEN